

Landespressekonferenz 01.09.2009

Berufliche Bildung im Zeichen der Wirtschafts- und Finanzkrise:

Ausbildungsmarkt - Jugendarbeitslosigkeit
Unterrichtssituation - Lehrernachwuchs

Die globale Wirtschafts- und Finanzkrise wirkt sich auch auf den Ausbildungsmarkt ...

Die Wirtschafts- und Finanzkrise schlägt zunehmend auf den Ausbildungsmarkt durch. Die Zahl der Ende Juli 2009 bei der Bundesagentur für Arbeit - Regionaldirektion Baden-Württemberg - gemeldeten Ausbildungsstellen ging im Vergleich zum Vorjahr um 3,9 % auf 59.109 Stellen zurück. Damit stehen im Jahr 2009 für die Bewerberinnen und Bewerber 2.379 Ausbildungsplätze weniger als im Jahr 2008 zur Verfügung. Die Industrie- und Handelskammern melden einen Rückgang der abgeschlossenen Lehrverträge gegenüber dem Vorjahresmonat um 7,5 %, die Handwerkskammern um 6 %. Allerdings ist die Zahl der registrierten Bewerber ebenfalls rückläufig. So bemühen sich dieses Jahr 61.353 Jugendliche über die Arbeitsagentur um einen Ausbildungsplatz. Das sind 4.700 Bewerber weniger als im Vorjahresmonat. Durch diesen Effekt schließt sich die Schere zwischen dem Ausbildungsplatzangebot und der Ausbildungsnachfrage allmählich. Während die Lücke zwischen gemeldeten Bewerbern und gemeldeten Ausbildungsplätzen im Jahr 2006 noch rund 28.000 Ausbildungsplätze betrug, verminderte sie sich im letzten Jahr auf rund 5.500 und beträgt heute (Stand Juli 2009) 2.250 Ausbildungsplätze. Somit kommen auf 100 Bewerber rechnerisch 96 Ausbildungsplätze.

Damit ist jedoch noch keine befriedigende Situation auf dem Ausbildungsmarkt erreicht. Dies wäre erst dann der Fall, wenn rechnerisch jedem Ausbildungsplatzbewerber 1,3 Lehrstellen zur Verfügung ständen, wie es in den 80er Jahren der Fall war. Voraussetzung wäre ein Ausbildungsplatzangebot von etwa 100.000 Lehrstellen. Davon sind wir noch immer meilenweit entfernt.

... und auf die Jugendarbeitslosigkeit in Baden-Württemberg aus.

Deutlich schwieriger ist aber die Situation nach einer erfolgreich abgeschlossenen Ausbildung. Die Arbeitsagentur registriert einen signifikanten Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit. So schlägt die Regionaldirektion Baden-Württemberg Alarm:

Im Juli 2009 nahm die Jugendarbeitslosigkeit deutlich zu: Insgesamt waren 34.564 junge Menschen unter 25 Jahre arbeitslos gemeldet. Das sind 4.043 Jugendliche mehr (plus 13,2 %) als im Juni und 13.546 mehr (plus 64,4 %) als vor einem Jahr. Die Quote stieg auf 5,0 %. Vor einem Jahr lag sie noch bei 3,1 %. Sie weist große regionale Unterschiede auf: Im Stadtkreis Pforzheim (9,2 %) ist sie am höchsten, im Stadtkreis Freiburg (3,1 %) am niedrigsten. 10.129 junge Menschen unter 25 Jahren - das sind 29,3 % aller arbeitslosen Jugendlichen – fallen unter die Grundsicherung (SGB II).

Der Rückgang der Ausbildungsbereitschaft und die zunehmende Jugendarbeitslosigkeit stärken den Trend zum Besuch beruflicher Vollzeitschulen.

Aufgrund der derzeitigen gesamtwirtschaftlichen Lage wird die Übernahmequote nach der Berufsausbildung, die im letzten Jahr in Baden-Württemberg bei 69 % (2007: 67 %) liegt, weiter zurückgehen. Da in den letzten Jahren insbesondere Kleinbetriebe zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze gewonnen wurden, die deutlich geringere Übernahmequoten (51 %) als Mittelbetriebe (über 80 %) aufweisen, wird dies auch ohne den konjunkturellen Faktor die Übernahmequote drücken. (Quelle: Betriebliche Ausbildung in Baden-Württemberg 2008 - Eine empirische Analyse auf der Basis des IAB-Betriebspanels 1/2009)

Diese jungen Menschen ohne Arbeitsplatz werden verstärkt schulische und außerschulische Weiterbildungen anstreben. Daraus resultiert eine verstärkte Nachfrage nach Plätzen in den Schularten, die eine abgeschlossene Berufsausbildung voraussetzen, d.h. in den Berufskollegs zum Erwerb der Fachhochschulreife, in den Berufsoberschulen, in den Techniker- und Meisterschulen. Diese Reaktion der ausgebildeten Fachkräfte ist individuell sinnvoll, sie liegt im Interesse der Betriebe, wenn die Konjunktur wieder Fahrt aufnimmt, und sie ist volkswirtschaftlich sinnvoll und gesellschaftlich erwünscht. Auf diesen zusätzlichen Bedarf hat das Kultusministerium gegen Ende des vergangenen Schuljahres schnell und sinnvoll reagiert und zusätzliche Klassen genehmigt.

Das Unterrichtsdefizit im beruflichen Schulwesen wird sich im Schuljahr 2009/10 weiter erhöhen.

In diesem Jahr wurde der Ausbildungsjahrgang 2006 aus der Berufsschule verabschiedet. Dieser Jahrgang war mit nur 73.991 Ausbildungsverträgen relativ schwach. Im Vorjahr (2008) waren es dagegen 82.132 Neuverträge. Aufgrund dieses Sachverhaltes rechnet der Berufsschullehrerverband (BLV) auch bei einer - im Vergleich zum Vorjahr - sinkenden Zahl von Neuverträgen im Jahr 2009 nicht mit einem Rückgang der Gesamtzahl der Berufsschü-

ler. Es sei denn, die Zahl der Ausbildungsverträge aus dem Jahr 2008 würde unterschritten, was den bisherigen Prognosen der Kammern und der Arbeitsagentur widersprechen würde.

Der Vollzeitbereich wird dagegen aufgrund des zunehmenden Bedarfs und der zusätzlich genehmigten Klassen (30 zusätzliche BG-Klassen für den „doppelten G8 +G9-Jahrgang“ am Ende „Mittelstufe“, mehr als 30 zusätzliche Vollzeitklassen (BG, BK) und mehr als 30 Klassen im Weiterbildungsbereich (1BKFH und Technikerklassen) insgesamt betrachtet sicherlich zunehmen, auch wenn die Schülerzahl in anderen Schularten (BVJ, BEJ und 2BFS) abnehmen wird. Dabei ist zu berücksichtigen, dass ein Vollzeitschüler etwa den 2,5fachen Lehrerstundeneinsatz benötigt als ein Berufsschüler. Übrigens: Das Statistische Landesamt ging bei seiner Prognose für 2009/10 noch von sinkenden Schülerzahlen an den beruflichen Schulen (- 3.800 Schülerinnen und Schüler) aus. Der erst vor kurzem beschlossene Ausbau der beruflichen Vollzeitschulen konnte in diese Prognose noch nicht eingearbeitet werden.

Das „strukturelle Unterrichtsdefizit“ hat sich im abgelaufenen Schuljahr 2008/09 nach einigen Jahren der ständigen und deutlichen Verbesserung auf 4,4 % erstmals wieder auf 4,6 % der Pflichtstunden erhöht. Der BLV kritisiert zum wiederholten Mal den mangelnden politischen Willen, das Unterrichtsdefizit abzubauen. Nicht anders zu erklären ist nämlich, dass das Land, das Kultusministerium aufgrund einer fehlerhaften Schülerprognose des Statistischen Landesamts für das Schuljahr 2009/10 geplant hatte, 90 Lehrerstellen an allgemein bildende Schulen umzuschichten. Nur dank des großen öffentlichen Drucks, den der BLV erzeugt hat, hat die Landesregierung von diesem Vorhaben Abstand genommen und im Gegenzug - allerdings erst Ende Mai 2009 - 100 zusätzliche Deputate bewilligt. Dies war reichlich spät, teilweise zu spät. Ein Teil der in Baden-Württemberg ausgebildeten Lehrkräfte hatte sich zu diesem Zeitpunkt schon nach anderen Bundesländern orientiert. Und einige Direkteinsteiger in Mangelfächern konnten zu diesem Zeitpunkt nicht mehr fristgerecht kündigen, um den Schuldienst zum Schuljahresbeginn anzutreten.

Zum Ausgleich des „strukturellen Unterrichtsdefizits“ wären einmalig ca. 770 Deputate notwendig. Durch Mehrarbeit ist zudem in den vergangenen Jahren ein Rechtsanspruch auf Zeitausgleich im Umfang von mehr als 700 Deputaten entstanden. Diese Arbeitszeitguthaben sind in den nächsten Jahren im Einvernehmen mit den betroffenen Lehrkräften einzulösen. Aufgrund der beschriebenen Entwicklung auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt werden an den beruflichen Schulen keine Ressourcen freigesetzt, die zum Abbau der Unterrichtsdefizite und der Arbeitszeitguthaben verwendet werden könnten. Im Gegenteil: Der BLV rechnet mit einem weiteren Anstieg des „strukturellen Unterrichtsdefizits“:

Die vom Ministerpräsidenten angekündigte überfällige stufenweise Senkung des Klassenteilers wird nach Berechnungen des Kultusministeriums an den beruflichen Schulen in den Schuljahren 2010/2011 und 2011/2012 einen zusätzlichen Lehrerbedarf von jeweils etwa 300 Deputaten auslösen.

Immer mehr allgemein bildende Schulen werden zu Ganztagschulen ausgebaut. Bislang hat man die beruflichen Schulen von dieser Entwicklung ausgegrenzt. Spätestens mit dem Beginn der Kooperation der Berufsfachschulen mit den Werkrealschulen im Schuljahr 2012/13 müssen die beruflichen Schulen die Möglichkeit erhalten, Ganztagschule mit einem entsprechenden pädagogischen Konzept zu werden. Dies erfordert zusätzliche personelle und sächliche Ressourcen.

In den nächsten Jahren werden die beruflichen Schulen nicht mit einem dramatischen Schülerrückgang rechnen können. Das Statistische Landesamt rechnet mit jährlich etwa 1 bis 2 Prozent Rückgang. Allerdings wird bei freiwerdenden Kapazitäten an den öffentlichen Schulen der Zwang, einen Schulplatz an einer privaten beruflichen Schule, zum Beispiel an einem beruflichen Gymnasium, zu suchen, abnehmen. Deshalb wird die demografische Entwicklung zunächst wenig Einfluss auf die Schülerzahlen an den öffentlichen beruflichen Vollzeitschulen haben.

Der doppelte Abiturientenjahrgang im Jahr 2012 führt zu rund 20.000 zusätzlichen Schulabgängern von den allgemein bildenden Gymnasien. Diese werden zum Teil auch in die duale Ausbildung gehen. Bei gegebenem Ausbildungsplatzangebot führt dies zu einem Verdrängungswettbewerb um die besten Ausbildungsplätze und zu einer verstärkten Nachfrage nach Plätzen an beruflichen Vollzeitschulen für „verdrängte“ Haupt- und Realschulabsolventinnen und -absolventen.

Der Lehrermangel an beruflichen Schulen droht weiter zu steigen.

Angesichts dieser Rahmenbedingungen ist auch in den kommenden Jahren mit einem steigenden Lehrerberauf zu rechnen. Aufgrund des jährlichen Ersatzbedarfes von rund 650 Deputaten und des beschriebenen jährlichen Zusatzbedarfes von mehr als 300 Deputaten benötigen die beruflichen Schulen in den nächsten Jahren jährlich rund 1.200 wissenschaftliche Lehramtsbewerber. Dabei ist berücksichtigt, dass bei Neubewerbern der Frauenanteil über 50 % (derzeit 51 %) liegt und ständig steigen wird. Zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist gerade bei den weiblichen Beschäftigten eine Teilzeitbeschäftigung gesellschaftspolitisch erwünscht und notwendig. Nimmt der Umfang der Teilzeitbeschäftigung weiter zu, werden noch mehr Lehramtsstudierende benötigt.

Im kaufmännischen Bereich haben die Universitäten Mannheim, Hohenheim und Konstanz verantwortungsbewusst die Zulassungen von Studierenden der Wirtschaftspädagogik erhöht. Dies trifft insbesondere auf die Universität Mannheim zu. Sie hat für das kommende Herbst/Wintersemester 2009/2010 bereits 230 Einschreibungen. Insgesamt nehmen in Baden-Württemberg jährlich rund 400 Bewerber ein wirtschaftspädagogisches Studium auf. Allerdings klagen die Universitäten unter der Überlast, weil das pädagogische Personal nicht entsprechend der erhöhten Zulassungszahlen aufgestockt wurde. Diesbezüglich besteht großer Handlungsbedarf.

Grundsätzlich anders sieht die Situation **im gewerblich-technischen Bereich** aus. Aufgrund der geringen Studierendenzahl der Diplom-Gewerbelehrer-Studiengänge an den Universitäten Stuttgart und Karlsruhe hat das Land mit Unterstützung des Verbandes ein Kooperationsmodell Fachhochschule/Pädagogische Hochschule entwickelt, das über einen Bachelor/Master-Studiengang den Zugang zum Referendariat für das höhere Lehramt an beruflichen Schulen eröffnet. Die Resonanz ist ermutigend. Landesweit gibt es vier Standorte mit insgesamt 350 Studierenden. Da sich dieser Studiengang erst in der Aufbauphase befindet, kann man in den nächsten Jahren nur mit jährlich 10 bis 20 Absolventen rechnen. Damit kann natürlich der Bedarf an Lehrpersonal für die berufsbezogenen Fächer an gewerblichen Schulen nicht gedeckt werden. Deshalb werden auch künftig „Direkteinsteiger“ eingestellt werden müssen.

Angesichts des allgemeinen Mangels an Ingenieuren und dementsprechend lockender Angebote der Wirtschaft finden sich aber immer weniger Ingenieure bereit, bei den mageren Referendarbezügen in die zweite Phase der Lehrerausbildung (= Referendariat) oder als Direkteinsteiger in den Schuldienst des Landes einzutreten. Lehrkräfte für Naturwissenschaften, insbesondere Physik aber auch Mathematik und Wirtschaftswissenschaften werden bundesweit händeringend gesucht.

Im Bereich der hauswirtschaftlichen, pflegerischen, sozialpädagogischen und landwirtschaftlichen Schulen besteht insbesondere in den Bereichen Gesundheit und Pflege sowie in der Sozialpädagogik / Pädagogik zukünftig ein starker Einstellungsbedarf. Die Universität Heidelberg bildet seit dem Wintersemester 2004/05 wissenschaftliche Lehrkräfte für das höhere Lehramt an beruflichen Schulen in den Bereichen Pflegewissenschaft / Gerontologie mit einem allgemein bildenden Fach aus. Mit den ersten Absolventen ist erst im Frühjahr 2010 zu rechnen. An der Universität Tübingen wird ab dem Wintersemester 2009/10 ein Studiengang für das höhere Lehramt an beruflichen Schulen im Bereich Sozialpädagogik / Pädagogik mit einem allgemein bildenden Fach eingerichtet. Bei einer Regelstudienzeit von 10 Semestern ist frühestens im Jahr 2015 mit den ersten Absolventen zu rechnen.

Die Einrichtung dieser Studiengänge ist grundsätzlich zu begrüßen. Es ergibt sich damit die Möglichkeit, zukünftig wissenschaftlich ausgebildete und fachlich qualifizierte Lehrkräfte für die gesellschaftlich bedeutsamen Bereiche Gesundheit und Pflege sowie Erziehung zu gewinnen. Allerdings kommen diese Neueinrichtungen recht spät und lösen nicht die kurz- und mittelfristigen Probleme den Neueinstellungen in diesem Bereich.

Um den Bedarf an Lehrkräften für die allgemein bildenden Fächer abdecken zu können, müssen auch künftig im großen Umfang Lehrkräfte mit gymnasialer Lehrbefähigung eingestellt werden. Das berufliche Schulwesen muss deshalb für Gymnasiallehrer attraktiv bleiben. Die Lehrkräfte an den beruflichen Schulen müssen die gleichen Beförderungsmöglichkeiten erhalten wie ihre Kolleginnen und Kollegen an den allgemein bildenden Gymnasien.

Angesichts dieser Sachlage muss das Land zur Sicherung des Lehrernachwuchses und der Unterrichtsversorgung die Attraktivität des Schuldienstes an beruflichen Schulen deutlich verbessern.

Zur Sicherung der Unterrichtsversorgung und zur Lehrergewinnung fordert der Berufsschullehrerverband (BLV) vor allem:

- **Jährlich mindestens 300 Neustellen**

Diese sind zur Sicherung einer qualitativ hochwertigen Ausbildung unserer Jugend, zum stufenweisen Abbau des Unterrichtsdefizits und der Arbeitszeitguthaben, zum Aufbau einer Vertretungsreserve und zur Einführung von Ganztageschulen unabdingbar.

- **Ausbau der Lehramtsstudiengänge Wirtschaftspädagogik, Technikpädagogik, Sozialpädagogik und Pflegewissenschaft**

Zur Sicherung des Lehrernachwuchses (benötigt werden jährlich 1.200 wissenschaftliche Lehrerbewerber), zur Sicherung der Qualität der Lehrerbildung und zur Siche-

Pressemitteilung – Berufsschullehrerverband Baden-Württemberg e. V.

rung der berufspädagogischen Forschung muss das Land Baden-Württemberg auch an den Hochschulen die notwendigen Kapazitäten (Stellen und Mittel) schaffen.

- **Exzellenzinitiative der Bundesregierung im Bereich der Lehrerausbildung**
Alle Hochschulen müssen die Möglichkeit erhalten, Mittel aus der Exzellenzinitiative II des Bundes für die Lehrerausbildung zu gewinnen.
- **Werbung für den Schuldienst in Baden-Württemberg**
Das Land Baden-Württemberg sollte die abgebrochene bundesweite Werbeaktion für das Lehramt an beruflichen Schulen des Landes wieder aufnehmen.
- **Beginn des Vorbereitungsdienstes im Januar und im September eines jeden Jahres**
Bislang gibt es in Baden-Württemberg nur einen einheitlichen Beginn des Vorbereitungsdienstes im Januar. Bewerberinnen und Bewerber verlieren dadurch teilweise wertvolle Lebensarbeitszeit. Das Land kann seine Stellen erst ein halbes Jahr später besetzen.
- **Vorziehen des Einstellungstermins auf den Schuljahresbeginn (1.8.)**
Hierdurch würde die Entlassung der Studienreferendare in die Arbeitslosigkeit während der großen Ferien und die Nachteile des späten Einstellungstermins von Baden-Württemberg (Abwanderung in andere Bundesländer) vermieden.
- **Gleiche Beförderungschancen an beruflichen Schulen und Gymnasien**
Bei gleicher Ausbildung bestehen an den beruflichen Schulen schlechtere Beförderungschancen als an den allgemein bildenden Gymnasien.

* * *

An den beruflichen Schulen wurden im Schuljahr 2008/09 landesweit 377.237 Schülerinnen und Schüler unterrichtet.

*

Der Berufsschullehrerverband Baden-Württemberg (BLV) vertritt in Baden-Württemberg über 10.000 Lehrerinnen und Lehrer.

*

Der BLV stellt im Hauptpersonalrat Berufliche Schulen beim Kultusministerium und in allen Bezirkspersonalräten bei den Regierungspräsidien die Mehrheit.

verantwortlich i. S. d. P.

Waldemar Futter, Brunnenstr. 36, 72116 Mössingen

Fon: 0711 3607-100 oder 0711 489837-0

Fax: 0711 3607-102 oder 0711 489837-19

Mail: info@blv-bw.de

Pressereferent: Friedrich Graser Tel 0171 9319103

Seite 6 von 6